Einsicht soll, wie von Pariser Blättern versichert wird, auch Präsident Millerand zuneigen, der vor einem Vierteljahr noch der Meinung war, mit einem kräftigen Schwertstreiche den Knoten der Reparationen zu durchschlagen.

Am heutigen Tage wird Poincaré in Dünkirchen seine mit etlicher Reklame angekündigte Rede endlich halten. Sie wird, wir glauben uns nicht zu täuschen, eine Enttäuschung bringen. Poincaré ist längst nicht mehr der „Eiserne", sondern der Mann einer etwas wackeligen Schaukelpolitik, ein kleiner Rechner, der nicht mehr fragt: wie setze ich mich durch?, sondern: wie verhindere ich, daß Herr Millerand oder Herr Loucheur oder Herr Tardieu oder sonstwer Oberwasser gewinnen? Der Mann will nicht mehr eine politische Idee halten, sondern sich selbst. Und deshalb wechselt seine Politik von Tag zu Tag. Und das macht die Lage der deutschen Regierung so schwierig.

Von verschiedenen Seiten, und namentlich die Engländer haben sich daran beteiligt, ist den Leitern der deutschen Außenpolitik zum Vorwurf gemacht worden, daß sie von sich aus keine diskutablen Vorschläge machten. Zugegeben, daß während gewisser Phasen der politischen Wandlungen in den letzten Monaten die Wilhelmstraße allzu ängstlich Schweigen bewahrte und allzu sichtbar auf ein Stichwort von außen wartete, auf ein Stichwort, das nicht kam und nicht kommen konnte, so muß Deutschland doch zugute gehalten werden, daß es vor einem großen Vielleicht stand, vor einem Vorhang, der ein häßliches Szenenbild verhüllte: den Weg nach Compiègne! Und trotz alledem ist von deutscher Seite noch immer das Positivste geschehen: die Erklärungen des Außenministers im Auswärtigen Ausschuß und deren feierliche Unterstreichung durch den Reichskanzler in seiner Gedenkrede für die Essener Opfer. In den nächsten Tagen wird Herr Dr. v. Rosenberg von neuem das Wort ergreifen, und wir hoffen, daß er jene Transparenz der Ausdrucksweise finden wird, die über die Intentionen der Reichsregierung keine gewollten oder irrtümlichen Mißdeutungen mehr zuläßt.

Natürlich wird im Lager der Rechten schon längst gemurrt und der Regierung unterstellt, daß sie den Abwehrkampf abzubauen beginnt. Vielleicht wird sich nach Rosenbergs neuen Darlegungen dieser Unmut noch ungehemmter Luft machen. Reden wir doch möglichst klar und ungetrübt durch Ressentiments: glaubt denn wirklich ein Mensch, daß die Räumung ohne Verhandlungen vor sich gehen könnte? Nicht einmal der Unversöhnlichste der Unversöhnlichen kann doch auch nur im Traume annehmen, daß plötzlich in Paris auf den Knopf gedrückt wird und die Franzosen abmarschieren. Die Bereitwilligkeit, über den Räumungsmodus zu verhandeln, ist doch nicht Kapitulation. Gefährlich kann es nur werden, wenn die deutschen Unterhändler ihren französischen Partnern nicht gewachsen sein sollten. Und Vorbedingung ist natürlich, daß die französische Regierung die Ghamäleontaktik verläßt und Farbe bekennt über ihre Absichten. Denn kein Deutscher von gesundem Menschenverstand wird an den Verhandlungstisch gehen, wenn er nicht die Gewißheit hat, daß sich dieser wirklich auf gesichertem neutralen Grunde befindet und der Weg dahin nicht mit Wolfsgruben versehen ist. Deutschland ist vom Mißtrauen der Welt umgeben und Deutschland betrachtet alle Welt mit Mißtrauen. Das sind die denkbar schlechtesten Voraussetzungen. Und dennoch regt sich neben diesem Mißtrauen allerorten der brennende Wunsch, einem Zustand ein Ende zu machen, der zu einem europäischen Pestherd geworden ist. Es ist ein kolossales Risiko. Wird der Friedensbote den Weg ins feindliche Lager finden oder von den Marodeuren des politischen Kampfes auf der Strecke erschlagen werden?

Die Wirklichkeit von heute trägt einen Januskopf. Das eine Antlitz ist das des Zweifels, der bangen Ungewißheit. Das andere aber zeigt jene ungeheure Spannung, jene Konzentration, die einer Entscheidung vorangeht.

Wieder wandert die Sache der Menschheit auf schmalem Grat zwischen zwei Abgründen.

* * *

Der „Vorwärts" kommt in einem Leitartikel zu dem Schluß, daß der Zeitpunkt gekommen sei, an dem die deutsche Regierung erklären und durch die Tat beweisen müsse, daß sie jederzeit und sofort bereit sei, an der Lösung des Weltfinanzproblems aktiv mitzuarbeiten. Eine solche diplomatische Initiative in diesem Augenblick würde die beste Aussicht bieten, den künftigen Zustand auch für Deutschland erträglich zu gestalten.

Die Berliner Plakatzensur

Es wird immer toller — Ein Plakat des Deutschen Friedenskartells unterdrückt

Der Kommissar für das städtische Anschlagwesen Berlins hat, wie die „P. P. N." erfahren, das Plakatieren einer vom Deutschen Friedenskartell ausgehenden Kundgebung „Wir fordern Klarheit" abgelehnt. Begründet wird diese Ablehnung, die auf polizeiliche Weisung zurückzuführen ist, mit alten Bestimmungen des preußischen Preßgesetzes von 1851, das man neuerdings wieder ausgegraben hat, wonach öffentliche Anschläge nur für bestimmte, so u. a. gewerbliche Zwecke, gestattet sind. Das Verbot wurde auch aufrecht erhalten, als der Vertreter des Friedenskartells sich bereit erklärte, das Plakat in ein „Angebot von Flugblättern" gleichen Wortlaut, also in eine gewerbliche Anzeige, umzuwandeln. **Diese Haltung der städtischen und staatlichen Behörden unter Berufung auf völlig veraltete Vorschriften eines Preßgesetzes aus der preußischen Reaktionszeit ist schon deshalb unverständlich, weil der Inhalt dieses Plakates wirklich keinen Anlaß zu der Ablehnung seiner Veröffentlichung gibt.** Denn in dem Aufruf des Friedenskartells wird die Erklärung des deutschen Außenministers zu dem Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Hughes und die letzte Rede des Reichskanzlers begrüßt **und die Forderung erhoben, „daß die** deutsche Regierung daraus die Folgerung zieht und unverzüglich eine Note an die Gesamtheit der Alliierten richtet, worin die von ihr selbst bezeichneten Unterhandlungsgrundlagen schriftlich niedergelegt und den Alliierten bedeutet wird, daß die deutsche Regierung bereit ist, in sofortige Aussprache darüber einzutreten.

In dieser Note sollte von der deutschen Regierung auch die der äußersten deutschen Leistungsfähigkeit entsprechende Summe genannt und Vorschläge für die gegenseitige Sicherung Frankreichs und Deutschlands gegen neue Kriege gemacht werden. Zum Schluß enthält der Aufruf die Erklärung, daß die Ruhrbevölkerung sich auch fernerhin wehren werde gegen jede militärische Vergewaltigung, gegen jede offene oder verschleierte Abtrennung weiterer Gebiete vom Deutschen Reich und gegen jede fremde Kontrolle über deutsche Arbeit.

Es ist nun allgemach hoch an der Zeit, in die Praktiken der Berliner Anschlagszensur einmal gründlich hineinzuleuchten.

Die ewige bayerische Eigenbrödelei

Deutliche Entgegnung Groeners bei der Reichstagsberatung des Verkehrsetats — Der dauernd gekränkte Wulle — Der Dank an die Eisenbahner — Der völkische Protest und die Volkspartei

Unaufhörlich betonen bei festlichen Gelegenheiten Bayerns offizielle Vertreter mit lautem Munde die Münchener Reichstreue, aber in der Kleinarbeit des Tages macht sich immer wieder der engherzigste Partikularismus geltend: So ließ auch gestern bei der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums im Reichstag der bayerische Volksparteiler, Herr Daue, eine Rede mit Starkbierblickhorizont vom Stapel: „Bayern hat mit dem Uebergang seiner Bahnen auf das Reich keine guten Erfahrungen gemacht." „Der Staatsvertrag muß besser durchgeführt werden." „Nach den feierlichen Zusicherungen des Reiches, sollte die Verreichlichung der Bahnen nicht dazu führen, daß nun alles von Berlin aus dekretiert wird." „Tatsächlich wird vom Reich die Aufhebung der Zweigstelle Bayern geplant." „Dem Minister gelingt es nicht, durch Vertragsverletzung die bayerischen Rechte aufzuheben." „In dieser Frage steht das bayerische Volk in seiner Mehrheit einig zusammen." Und so folgte ein Lapidarsatz dem anderen!

Es war erfreulich, daß Herr Groener, der Eisenbahnwart des Reiches, die Antwort nicht schuldig blieb. Nach längerer Darlegung über das Eisenbahnfinanzgesetz und die Tarifpolitik seines Ministeriums sagte er: „Die Zweigstelle Bayern will ich keineswegs aufheben, aber sie muß mit wirklichem Leben erfüllt sein. In Bayern schimpft man dauernd über die Zentralisation, bei jeder Verfügung fragt man sich: „was hat der Kerl in Berlin da wieder ausgeheckt?" Auf alle Fragen hat man mir aber nicht einen Fall nennen können, in dem die Berliner Zentralstelle unberechtigterweise in die Kompetenz der Münchener Zweigstelle eingegriffen hätte.

Es ist doch mit dem Reichsgedanken schlecht verträglich, wenn man immer nur ein Land gegen die andern ausspielen will".

Was ist Herr Groener, dessen Verhalten im Eisenbahnerstreik vor einem Jahre den sozialistischen Vorstoß gegen das Kabinett Wirth hervorrief? Wulle, der Redner des völkischen Dreimännerstaats beantwortete die Frage: Groener ist der Willensvollstrecker der Sozialdemokratie. Und deshalb ist die Eisenbahn an der Teuerung schuld. In Gera habe er sich sogar auf dem Bahnhof auf die Völkischen gestürzt, denen er zum Parteitag keine Sonderzüge bewilligt habe. Aber „feindliche Ausländer" dürften Eisenbahn fahren, trotzdem Groener alter General sei. Kurzum: Mätchen über Mätchen, die das mäßig besuchte Haus mit Kopfschütteln anhörte.

Einmütig und aus dem Herzen heraus dankten der Minister und die Redner der Parteien den Eisenbahnern des Ruhrgebietes, die unter dem Druck des französisch-belgischen Militarismus in fest ausharrender Reichstreue ihre schwere Pflicht erfüllen. Am Schluß der Aussprache wurde der Gehalt des Ministers bewilligt und der Etat mit den Entschließungen des Ausschusses angenommen.

Um 3/7 Uhr vertagte sich das Haus auf Montag, 2 Uhr (Etat des Auswärtigen Amtes).

Vizepräsident Dr. Rießer teilte mit, daß ein von Abgeordneten der Rechten unterzeichneter Antrag eingegangen ist, der die Aufhebung der jüngsten polizeilichen Maßnahmen gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei verlangt.

Erstaunlicherweise fanden sich unter dem Antrag auch volksparteiliche Unterschriften, und die Verwunderung im Haus wich auch nicht durch die Worte des Herrn Quarck, seine Freunde wollten sich durch die aus „politischer Courtoisie" geleistete Unterschrift den Inhalt des Antrags noch nicht zu eigen machen.

Seltsame „Courtoisie", die auf diese Art Regierungspolitik macht und so die Parteifreunde Boelitz und Richter im Preußenkabinett unterstützt! Gegen die Stimmen der Deutschvölkischen wurde der Vorschlag abgelehnt, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Es bleibt bei der vorgeschlagenen Tagesordnung.

*

Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen setzte in seiner heutigen Sitzung die Beratung der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz fort.

Der Unterausschuß für Landwirtschaft und Ernährung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit einem Antrag, der sich gegen die Bestrebungen des Reichsbundes für Siedelung und Pachtung richtet. Dieser beabsichtigt, einen Volksentscheid darüber herbeizuführen, daß der Besitz von Land, welcher zwei Ackernahrungen übersteigt, zu einem Drittel ohne Entschädigung enteignet werden kann. Der Antrag wurde angenommen.

Der Ausschuß für die Städteordnung im preußischen Landtag beschloß, daß die für Bürgermeister und Magistratsmitglieder erforderliche juristische Vorbildung erst in Städten von 25 000 Einwohnern an nötig sein soll. Die Amtsdauer der Bürgermeister und besoldeten Magistratsmitglieder wurde auf 12 Jahre festgesetzt.

Der Fall Hans v. Puttkamer

Neue bezeichnende Feststellungen — Endlich muß Klarheit werden!

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, daß endlich Berlin im Fall Puttkamer das Wort ergreift. Heute erhalten wir von sehr geschätzter Seite eine Zuschrift, die erneut und verstärkt beweist, wie berechtigt unsere Forderung ist.
Die Redaktion

Also jetzt wissen wir, wer eigentlich der geistige Urheber des letztgeplanten Attentates auf den bereits giftbespritzten Oberbürgermeister von Kassel ist! Das war, die Münchener Polizei belehrt uns darüber, Hans v. Puttkamer, der einer Reichsstelle, also schundigerweise nicht der doch allein zuständigen bayerischen Polizei die Mordabsicht des Studenten Baur verriet. Im Anfang hatte die Münchener „Sicherheitsbehörde" durchblicken lassen, Hans v. Puttkamer habe den Studenten Baur, der bekanntlich von unbekannter Hand erschossen wurde, höchst eigenhändig umgebracht. Da das ein wenig unlogisch scheinen mußte, gab man diese Version preis und wählte eine andere, die den armen Puttkamer als Lockspitzel in blutroter Beleuchtung, dem berüchtigten Russen Asew ähnlich, darstellen soll. Daß Baur, der sich von Puttkamer die Würmer aus der Nase ziehen ließ, zur Strafe dafür von den Femrichtern seiner deutschvölkischen Mordkumpane um die Ecke gebracht wurde, erscheint offenbar unbeachtlich. Leute von wahrhaft nationaler Gesinnung haben jetzt in Deutschland und speziell in Bayern alle Befugnisse des Richters, des Anklägers und — last not least — des Henkers in einer Person. Das sind ja nur, wie es mal im Rathenau-Prozeß hieß: Parteiangelegenheiten! Die bayerischen Gerichte haben sicherlich gar keine Zeit, sich um solche Lappalien zu kümmern! Ihre ganze Aufmerksamkeit und Sorge gilt den Konspiratoren vom Schlage Puttkamer, die — das Gruseln kommt einem an! — den Minister Severing über gewisse bayerische Vorkommnisse informiert haben — sollen! War Puttkamer etwa gar persönlich in Berlin? — Es scheint beinahe so! Seine Freunde sagen, er habe sich hier, da ihm die blauweiße Herrlichkeit nicht mehr zusagte, um eine Position bemüht. Herr Severing hat ihn, wie wir authentisch erklären können, während dieses, kurz vor seiner, jedem Recht hohnsprechenden Verhaftung datierten Besuches in der Reichshauptstadt nicht gesprochen. Und wäre dies der Fall gewesen, hätte sich Puttkamer mit dem Innenminister in Verbindung gesetzt, so hätte sich die Münchener Behörde einen Dreck darum zu kümmern! Denn unseres Wissens gehört Bayern bis heute noch dem Deutschen Reich als Bundesstaat an! — Aber da liegt der Hund begraben: Bayern, das ohne Reichshilfe nie von der Räteherrschaft losgekommen wäre, das dafür bei jeder Gelegenheit nach der Hand beißt, die es gerettet hat, dieses selbe Bayern ist heute, mehr als je, Preußens, d. h.: des Reiches Feind. Die Zeit ist wohl nicht mehr so fern, wo klar und deutlich gesprochen werden wird über die Art und Weise, in der die Verfolgung der beiden Erzberger-Mörder Schulz und Tillessen in Bayern vorgenommen wurde. Allerdings wird dann auch über gewisse Berliner Aktionen mit deutlicher Klarlegung der näheren Umstände und Kennzeichnung der befaßten Personen gehandelt werden müssen. Heute gilt es, mit unbeirrter Wachsamkeit das Schicksal Hans v. Puttkamers zu verfolgen, der unseres Erachtens in der denkbar größten Gefahr schwebt. Die Wut gewisser Kreise darüber, daß er Baur ausgehorcht und verraten hat, daß dadurch von neuem die allgemeine Aufmerksamkeit auf die biederen Roßbach-Leute gelenkt worden ist, kennt keine Grenzen. Baur, der offenbar nicht „ganz echt" war und bei weiterer Vernehmung (für die Herr Ebermeyer in Leipzig schon gesorgt hätte!) noch mehr Halt gegeben hätte, mußte beseitigt werden! Man tat ihn, wie der Papa Bazouge in Zolas „Assommoir" sagte, ab wie ein Kaninchen. Aber nun soll ihm Hans v. Puttkamer, der Antifter der ganzen „Schweinerei", auf dem dunklen Wege folgen! Und weil wir diesen durchaus braven und grundanständigen Mann vor solch abscheulichem Geschick bewahren möchten, wenden wir uns hierdurch mit aller Dringlichkeit an den Herrn Reichsjustizminister Heinze! Im Falle Fechenbach hat man gesehen, wessen die Münchener Volksgerichte fähig sind! So wahr dieser junge Politiker von seiner schmählichen Kerkerhaft erlöst und vollkommen rehabilitiert werden muß und rehabilitiert werden wird! — so wahr wird v. Puttkamer als „intellektueller Urheber" des geplanten Scheidemann-Attentates verurteilt, und zwar zur höchsten Strafe verurteilt werden, die auf ein solches Verbrechen steht, wenn der Reichsjustizminister diesem tollen Skandal nicht mit einem Kraftwort das Ziel setzt! — Und weiter: Tritt das letzte ein und wird v. Puttkamer von der Münchener Polizei aus der Untersuchungshaft entlassen, so ist die bayerische Regierung dafür verantwortlich zu machen, daß v. Puttkamer ungefährdet Norddeutschland resp. Berlin erreicht! Der jetzt Inhaftierte muß unter sicherer Bedeckung durch Bayern bis nach Berlin gebracht werden, da allem Vernehmen nach die Absicht besteht, v. Puttkamer, sobald er enthaftet ist, noch ehe er die bayerische Grenze erreicht, für „seinen Verrat" zu bestrafen, d. h. ihn umzubringen!

Venator.

* * *

Eine überflüssige Institution

Der Herr Reichskommissar Künzer

In der „Republikanischen Presse" finden wir diese interessanten Ausführungen:

„Einer Zeitungsnotiz zufolge findet am 20. und 21. April in Berlin eine Konferenz von Vertretern der zuständigen Reichsbehörden und der Länderregierungen über das Reichskriminalpolizeigesetz statt. Man kann es begrüßen, daß hier einmal an ein zu Unrecht vergessenes Thema gerührt wird. Seit der Opposition Bayerns im vergangenen Herbst hat man nichts wieder darüber gehört, und es fragt sich auch, ob jetzt ein entscheidender Schritt vorwärts möglich ist, da sich die Haltung Bayerns in keiner Weise geändert hat. Einstweilen bleibt als Surrogat für die höchstnotwendige Zentralisierung der Kriminalpolizei nur das etwas legendäre Reichskommissariat für die öffentliche Ordnung, eine Institution, die dem Reichsministerium des Innern angegliedert ist, dessen Chef Herr Oberst Künzer aber über Ellbogenfreiheit verfügt, die er indessen keineswegs zu irgendwelcher Tätigkeit von Belang mißbraucht. Selbst wenn das Gesetz in nächster Zeit nicht unter Dach gebracht werden sollte, hat es irgendwelchen Zweck, eine Behörde aufrechtzuerhalten, die zwar nach einem politischen Moment gelegentlich genannt wird, aber niemals vorher? Der Herr Sparsamkeitsdiktator sei freundlichst auf dieses Problem hingewiesen, aber auch dieser Herr ist ja jetzt, wenige Monate nach seiner Bestallung, eine fast so mythische Figur geworden wie der verschollene Johann Orth, und weiß Gott, wann er sich einmal bis zum Departement des Herrn Oberst Künzer durchgeschlagen haben wird."

Dem sachlichen Kern dieser etwas bissigen Kritik wird man ohne Zweifel zustimmen können.

Der Platz auf der Anklagebank

Rücksichtnahme auf Angeklagte

Wie der „Amtliche preußische Pressedienst" mitteilt, hat der Justizminister soeben folgende allgemeine Verfügung herausgegeben: „Bei den Gerichten besteht vielfach die Uebung, von den Angeklagten grundsätzlich zu verlangen, daß sie auf der umfriedeten Anklagebank Platz nehmen. Ausnahmen aber hiervon beim Vorliegen besonderer Umstände zuzulassen. **Ein solches Verfahren ist geeignet, ohne zwingenden Grund be-**